



**UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN**

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

WRK-Konferenz: Geisteswissenschaften

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

verdingen müßten. Politiker und Bildungsexperten seien

hier aufgerufen, so Nixdorf, Abhilfe zu schaffen.



Bei der Vertragsunterzeichnung im Großen Sitzungssaal (von links nach rechts): Uni-Rektor Prof. Dr. Friedrich Buttler, Heinz Nixdorf, Dr. Rolf Krumsiek, Uni-Kanzler Ulrich Hintze.

WRK-Plädoyer für die Geisteswissenschaften

Computer allein reichen nicht aus

Bamberg (dpa). Je moderner die moderne Welt wird, desto unvermeidlicher werden die Geisteswissenschaften. Diese vom Gießener Philosophiewissenschaftler Prof. Odo Marquard auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in Bamberg vertretene These wurde zum Leitgedanken der Beratungen der Spitzen der 174 WRK-Mitgliedshochschulen vom 5. bis 7. Mai. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte, die der modernen Technologie und den Naturwissenschaften weitgehend Vorrang einräumt, hatte

die WRK das Thema "Anspruch und Herausforderung der Geisteswissenschaften" in den Mittelpunkt der Jahresversammlung gestellt. Das Ergebnis faßte WRK-Präsident Prof. Theodor Berchem (Würzburg) in dem Satz zusammen: "Wir brauchen die Geisteswissenschaften - und zwar unabhängig vom schwankenden Bedarf an Lehrerbildung". Die Hochschulrektoren und -präsidenten machten damit deutlich, daß eine breite Pflege aller Wissenschaften auch für die Zukunft gesichert werden muß.

Gegenseitige Abhängigkeit

Zum Auftakt der Tagung hatte Berchem die Sorge geäußert, daß die öffentliche Wissenschaftsdebatte "ganz und gar in den Sog einer einseitigen Technologieorientierung" gerät und die Geisteswissenschaften benachteiligt werden. Dabei gehe es nicht vorrangig um die Frage der richtigen Verteilung öffentlicher Mittel, sondern um die Entwicklung des öffentlichen Bewußtseins von der gegenseitigen Abhängigkeit und der dringend notwendigen Zusammenarbeit von Geistes- und Naturwissenschaften. Als Beispiel nannte er die Untersuchung der Auswirkungen moderner Technik auf die Menschen, die Prüfung der Grenzen von Tierversuchen und der Gefahren der Gen-Forschung bis hin zum beängstigenden, aber offenbar unaufhaltsam wachsenden Engagement der Wissenschaft beim Entwickeln immer neuer Vernichtungswaffen.

"Geisteswissenschaften brauchen liberalen Staat"

Die in Bamberg versammelten Wissenschaftler zeigten sich einig darin, daß die Geisteswissenschaften in der modernen Welt von heute für die Erhaltung eigenständiger Kulturen unentbehrlich sind, wie es der Tübinger Soziologe Prof. Friedrich H. Tenbruck formulierte. Die Geisteswissenschaften brauchten einen liberalen Staat, der sie nicht nur fördere, sondern sie auch auf die Klärung jener geistigen Fragen hindränge, die in der Politik steckten, ohne jedoch "geistig zu

dekretieren". Wo der Staat sie nicht fordert, sieht Tenbruck die Gefahr, daß die Geisteswissenschaften sich in ihre Fächer zurückziehen oder versuchten, Anlehnungen bei "weltanschaulichen Mächten" zu suchen. Nach Ansicht des Berliner Germanisten Prof. Bernhard Lämmert stellt der naturwissenschaftliche Fortschritt eine Herausforderung an die Geisteswissenschaften dar, von deren Bewältigung nicht nur ihre eigene künftige Rolle, sondern auch das zukünftige Gesicht unserer Zivilisation wesentlich mitbestimmt wird. Im Blick auf die Computertechnik, die heute bereits

die meisten Lebensgebiete erfaßt habe, sagte er, der kulturelle Spielraum ihrer Verwendbarkeit müsse Gegenstand der Kulturwissenschaften werden. Prof. Oskar Mahrenholtz, Maschinenbauwissenschaftler an der TH Hamburg-Harburg, mahnte, die Geisteswissenschaften auch künftig stellen- und etatmäßig angemessen zu berücksichtigen. Für eine Aufgabe der Wissenschaft insgesamt halte er es, von Zeit zu Zeit eine "Gesamtschau" zu versuchen. Bei einer solchen Ortsbestimmung seien die Geisteswissenschaften, insbesondere die Philosophen, gefordert.

den sollen. Diese Regelung, festgehalten beispielsweise für Nordrhein-Westfalen in einem besonderem Programm, sei, so Juristin Sybille Raasch, für die Frauen legitim und rechtens. Die im Grundgesetz geforderte Gleichbehandlung der Geschlechter sei in der Realität nicht gegeben. Grundgesetzauftrag und -wirklichkeit klappten auseinander. Deshalb die Quotenregelung, die vorsieht, daß bei gleicher Qualifikation der Bewerber den Frauen solange Priorität vor den Männern eingeräumt wird, bis an der betreffenden Institution eine zahlenmäßige geschlechtliche Parität erreicht ist. Raasch: "Quotenregelung heißt nicht, daß unterqualifizierte Frauen dem Bewerber vorgezogen werden sollen".

Quotenregelung und Frauenbeauftragte

Wissenschaftlerinnen wenden sich gegen Frauendiskriminierung an Unis

Paderborn (ghp). Ein von allen Beteiligten als eklatant und dramatisch eingestuft geringer Anteil von Frauen an der Uni-GH, vor allem im Wissenschaftsbereich und in der Studentenschaft, muß, wo eben möglich, abgebaut werden. Wie dies geschehen soll, darüber gingen die Meinungen der Vertreter auf dem Podium auseinander. Zwei 'Fraktionen' diskutierten auf Einladung des autonomen Frauen-Projektbereichs und des AStA am 14. Mai im Hörsaal C 2 unter dem Motto "Her mit der halben Gesamthochschule". Auf der einen Seite die Vertreterinnen einer feministischen Frauenhochschulpolitik, Irmgard Klönne vom Fachbereich 1, Sybille Raasch von der Hochschule für Wirtschaft und

Politik Hamburg und die stellvertretende AStA-Vorsitzende Angelika Gausmann, auf der anderen Seite Uni-Rektor Prof. Dr. Friedrich Buttler und Prof. Dr. Hartmut Steinecke, Literaturwissenschaftler am Fachbereich 3.

"Quotenregelung einführen"

Quotierung hieß ein Schlagwort, dessen Umsetzung die einen forderten und die anderen nicht ausdrücklich ablehnten. Mit der Quotierung ist gemeint, daß die Stellen im wissenschaftlichen Bereich des öffentlichen Dienstes zur Hälfte mit Frauen und zur anderen Hälfte mit Männern besetzt wer-

Wenige Frauen in technischen Fächern

Rektor Buttler hält die Quotenregelung zwar für "wünschenswert", sieht jedoch gleichsam die Situation der Hochschulen im Lande: freiwerdende Hochschullehrerstellen seien Mangelware, die Zahl der Wissenschaftlerinnen in den technischen Fächern sehr gering. Wie soll hier die Quotenregelung greifen können, fragte der Rektor rhetorisch und fügte hinzu, die Gleichbehandlung der Bewerber zum Beispiel um eine Hochschullehrerstelle müsse nicht durch eine Quotenregelung festgelegt werden, die Gleichbehandlung würde vielmehr durch die Kriterien des Wissenschaftsbetriebs gewährleistet.